

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telex: 8 86 846 ppbn  
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

## Inhalt

Siegmar Mosdorf MdB setzt sich mit dem neuen Buch von John Kenneth Galbraith auseinander: Die Kultur der Selbstzufriedenheit.

Seite 1

Konrad Nabel MdL verurteilt Waigels Bruch des Solidarpakts: Soziale Einschnitte bringen unsere Gesellschaft in eine Schiefelage.

Seite 5

Detlev Samland MdEP fordert verbindliche Richtlinien für den EG-Geldverkehr: Banken und Sparkassen ziehen Kunden über den Tisch!

Seite 6

48. Jahrgang / 175

14. September 1993

### Die Kultur der Selbstzufriedenheit

Ein neues Buch von John Kenneth Galbraith konfrontiert uns mit den Herausforderungen des 21. Jahrhundert

Von Siegmar Mosdorf MdB

Vorsitzender der Kommission "Standort Deutschland" der SPD-Bundestagsfraktion

"Das römische Weltreich verlor an Macht. Die Römer selbst aber ignorierten ihre Schwäche und lebten weiterhin so, als seien sie unangefochten die Herren der Welt."

Mit diesem welthistorischen Vergleich eröffnet der große alte Mann der nordamerikanischen Wirtschaftswissenschaften, der Harvard-Ökonom John Kenneth Galbraith, seine Betrachtungen über den wirtschaftlichen Niedergang Amerikas.<sup>(\*)</sup> Mit dem Scheitern des kommunistischen Systems will Galbraith gerade jetzt auf die Risse in der Fassade der westlichen Alternative aufmerksam machen. Er zeigt es auf am Beispiel Amerikas; aber mit einem geringen time-lag lassen sich die amerikanischen Entwicklungen durchaus auch auf die anderen hochentwickelten Länder der OECD-Welt übertragen.

Durch das eklatante Führungsversagen der letzten Jahre kommt dabei Deutschland der Entwicklung Amerikas schon jetzt am nächsten. Der Attentismus und die Verschuldung der öffentlichen Haushalte haben in den letzten drei Jahren Deutschland die zwölfjährige Reagan/Bush-Aera wie im Zeitraffer einholen lassen. Galbraith's Studie, die jetzt auch bei Hoffmann und Campe in deutscher Sprache erschienen ist, hat auch für die deutsche Entwicklung einen hohen Aussagewert. Seine Kritik an den planlosen Eliten in Wirtschaft, Verwaltung und Politik ist für Deutschland genauso zutreffend, wie die Beobachtung der Unterordnung des sozialen Konsenses unter die Maxime eines kurzfristigen Eigennutzes. Der sich ausbreitende Egoismus zerstört in den Vereinigten Staaten und in Deutschland immer mehr die Grundlagen eines demokratischen Gemeinwohls.

(\*) Galbraith, John Kenneth: The Culture of Contentment, New York: Penguin Books, 1992, 195 S.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn  
Postfach 1204 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Galbraith beschreibt in seinem neuen Buch die Tatsache, daß die neue Mehrheit der Selbstzufriedenheit fast jede politische Veränderung verhindert. Seine zentrale These ist, daß sich geradezu eine Kultur der Zufriedenheit ausgebreitet hat, die bestehende soziale Probleme und die neuen ökonomischen, kulturellen und ökologischen Herausforderungen einfach ignoriert. Diese Haltung fühlt sich durch das Scheitern des Kommunismus bestätigt:

"Der Kommunismus hatte versagt, der Kapitalismus hatte triumphiert. Die Machteliten im Westen hielten jeden für einen verqueren Pessimisten, der auch in dem erfolgreichen System und versteckt in einem flexiblen demokratischen Rahmen gefährliche Risse erkannte. Wirklich neu in den sogenannten kapitalistischen Ländern ist das Phänomen, daß die Zufriedenheit und die sich daraus ergebende Überzeugung heute die Haltung der Mehrheit und nicht die einer Minderheit widerspiegelt. Diese Mehrheit sucht ihren Vorteil unter dem Schutz der Demokratie, auch wenn diese Demokratie einen großen Teil der Bürger ausgrenzt. Auf diese Weise wird eine Regierung gewählt, die sich nicht an der Realität orientiert und an den gesellschaftlichen Bedürfnissen, sondern an dem Weltbild der Zufriedenen, die jetzt eben die Mehrheit der Wähler stellen."

Dies führt dazu, daß wichtige Zukunftsprojekte kaum noch eine Chance haben, "weil eben die sofort anfallenden Kosten und Steuern genau zu beziffern sind, niemand aber genau zu sagen vermag, wem genau entsprechende Maßnahmen in der Zukunft nützen werden. Mit anderen Worten: Die Generation, die investiert, ist nicht die, die profitiert. Warum sollte man für Leute, die man gar nicht kennt, bezahlen? Diese Form aus der Zufriedenheit geborener Ignoranz gewinnt zunehmend Einfluß auf unser soziales Leben."

Mit der Entwicklung der westlichen Wohlfahrtsstaaten in den letzten 100 Jahren wurde aus dem Kapitalismus nur eine soziale Marktwirtschaft. Der Wohlfahrtsstaat hatte dabei nicht nur die Aufgabe der sozialen Korrektur bei der Verteilung der Wertschöpfung, sondern er sollte auch den "Wohlstand für alle" schaffen und verhindern, daß die wirtschaftlich Schwächsten in Armut versinken. Für eine solche Steuerungsfunktion des Staates gab es eine Mehrheit, weil die Mehrheit der Bevölkerung nachvollziehen konnte, was Armut heißt und das Risiko, selbst davon betroffen zu sein, groß war. Im Zuge der Wohlfahrtentwicklung hat sich jetzt ein neues Spannungsverhältnis zwischen Leistung und Gerechtigkeit entwickelt.

#### Verunsicherung in der Mittelschicht

Einerseits hat der Grenznutzen der Solidarität für den Einzelnen scheinbar abgenommen, weil die Mehrheit der Bevölkerung in einem mehr oder weniger großen Wohlstand lebt. Andererseits ist die Integrität des Gerechtigkeitsbegriffs beschädigt, weil viele vor allem in der Mittelschicht das tiefgreifende Gefühl haben, daß es nicht mehr gerecht zugeht und deshalb nicht länger bereit sind, den doppelten Mißbrauch des Leistungs Staates auch noch zu finanzieren: den Steuer- und Subventionsmißbrauch, der sich in der Oberschicht immer mehr ausbreitet, und auch den Sozialversicherungsmißbrauch. Deshalb wendet sich die Mehrheit heute gegen Steuererhöhungen und teilweise auch gegen den Wohlfahrtsstaat selbst, was z.B. in Schweden zu neuen politischen Mehrheiten geführt und in den USA die lange Reagan/Bush-Ära überhaupt erst möglich gemacht hat.

Die weltweite Wirtschaftskrise hat allein in den OECD-Ländern zu 36 Millionen Arbeitslosen geführt. Und die Krise wird sich weiter verschärfen, weil die Auflösung des Ost-West-Systemgegensatzes nicht nur die Außenpolitik, sondern auch die Wirtschaftspolitik vor dramatische neue Herausforderungen stellt. Auf einmal stehen neue Märkte offen, allerdings haben die Märkte keine Kaufkraft. Weil sie aber komparative Kostenvorteile bei den Faktoren Rohstoffe und Arbeit haben, werden dort neue Produktionsstätten entstehen, mit denen sich diese Volkswirtschaften selbst versorgen, Kaufkraft schaffen und die bisher führenden Industrieländer mit Gütern gleicher Qualität, aber zu konkurrenzlosen Preisen beliefern können. Deutschland hat zum Beispiel mit der Tschechischen Republik und die USA haben mit Mexiko quasi Hongkong vor der Tür. Aus "Made in Germany" oder "Made in the USA" wird jetzt "Made for Germany" oder "Made for the USA". Außerdem kommt es in den nächsten 20 Jahren allein durch die demographische Entwicklung zu einer fundamentalen Verlagerung der Schwerpunkte der Weltwirtschaft.

Experten gehen davon aus, daß Europa bis zum Jahr 2015 bei einer Einwohnerzahl von 460 Mio. stagniert, während in der gleichen Zeit die Einwohnerzahlen in Asien von 2,5 Milliarden auf 3,7 Milliarden - also um rund 50 Prozent - und in Afrika von 460 Millionen auf 1 Milliarde - also um 100 Prozent - ansteigen werden. Das Durchschnittsalter liegt dann in Asien bei 31 Jahren und in Afrika sogar bei 23 Jahren, während es in Europa im selben Zeitraum auf 41 Jahre ansteigt. Diese Entwicklung wird das bisher ungebremsste Wachstum der Wohlstandsentwicklung in den westlichen Industrieländern deutlich verlangsamen und zu hoher Arbeitslosigkeit führen. Galbraith geht davon aus, daß der "soziale Charakter der Selbstzufriedenheit" dazu führt, daß diese Probleme zunächst ignoriert und die Arbeitslosigkeit und Massenarmut einfach hingenommen werden.

Abgesehen davon, daß Dauerarbeitslosigkeit die Menschen seelisch krank macht und Massenarbeitslosigkeit nicht fortwährend zu finanzieren ist, wäre es ein Trugschluß zu glauben, daß diese Entwicklung friedlich verlaufen wird. Galbraith: "Die im Wohlstand und Komfort leben, waren schon immer der Auffassung, daß die auf der anderen Seite des Grabens ihr Schicksal friedvoll und glücklich akzeptieren. Dieser Irrglaube könnte eines Tages wie eine Seifenblase zerplatzen." Er verweist auf die Verstumung amerikanischer Großstädte, die dramatisch zunehmende Kriminalität und die Gewaltausbrüche zum Beispiel in Los Angeles und in der Bronx.

In Deutschland zeigt sich das Aufeinandertreffen von Luxus und Verelendung in den großen Städten stellvertretend nicht zuletzt in der Fremdenfeindlichkeit, sondern auch in rechtsextremem Wahlverhalten und in der Eskalation der Gewalt. Die Energie der Hoffnungslosen drückt sich gerade heute oft in der Gewalt aus. Wenn diesen Hoffnungslosen keine Perspektiven gegeben, wenn sie nicht in den regulären Arbeitsprozeß zurückgeführt werden können, dann verliert die Gesellschaft allein dadurch die Kraft, die sie braucht um ihren ökonomischen und sozialen Spitzenplatz zu sichern. Galbraith: "Für Deutschland besteht die Herausforderung darin, zu einer erfolgreichen Wirtschaft zu finden. Wir dürfen die Aufgaben des Staates und der Wirtschaftspolitik nicht auf den simplen Nenner bringen, einfach den Preis für wirtschaftliche Anpassung auf die Ärmsten der Bevölkerung abzuwälzen."

Galbraith geht davon aus, daß der völlig überschuldete Staat in den USA - und dies gilt auch für Deutschland - die laufenden und notwendigen Investitionen in die Infrastruktur vernachlässigt. Wichtige Zukunfts-Projekte wie zum Beispiel eine hohe Qualifizierung der Generationen von morgen, die notwendige Nach-Qualifizierung der Arbeitskräfte von heute und auch die bereits überfällige ökologische und technologische Modernisierung der Volkswirtschaft werden nicht mehr in Angriff genommen. Weil die Wirtschafts- und Politik-Eliten und -Bükratien von der kurzfristigen Zustimmung der auf Besitzstandswahrung ausgerichteten Mehrheit abhängig sind, entwickeln sich diese Länder zu stationären, reformunfähigen Gesellschaften. Eine politische Führung aber, die sich unter das Diktat der Gegenwart zwingen läßt, verschärft die Krise und verbaut die Zukunft für die nachfolgenden Generationen.

#### Konzepte von gestern für die Probleme von morgen

Deutschland, das nach der Vereinigung von Platz fünf des Pro-Kopf-Sozialprodukts auf Platz 16 - hinter Italien und Österreich - zurückgefallen ist, verliert gegenwärtig vor allem bei den Industrien, den Technologien und den Infrastrukturen des 21. Jahrhunderts an Vorsprüngen. In Deutschland wirkt immer noch so etwas wie ein "Gesetz des bremsenden Vorsprungs": Weil es uns heute noch verhältnismäßig gut geht, denken wir nicht an morgen. Und die heraufziehende Krise wird mit Konzepten von gestern beantwortet: länger arbeiten, weniger Bildung und weniger Umweltschutz. Dieser Atavismus wird als Rückkehr in die zwar harte, aber "gute alte Zeit" verkleidet. Der neue Fortschritt aber, verlangt etwas anderes, weil wir nicht einfach auf eine frühere Entwicklungsstufe zurückkehren können, die jetzt andere Nationen und Volkswirtschaften beherrschen.

Galbraith beschreibt in seinem neuen Buch die Tatsache, daß die neue Mehrheit der Selbstzufriedenheit fast jede politische Veränderung verhindert. Seine zentrale These ist, daß sich geradezu eine Kultur der Zufriedenheit ausgebreitet hat, die bestehende soziale Probleme und die neuen ökonomischen, kulturellen und ökologischen Herausforderungen einfach ignoriert. Diese Haltung fühlt sich durch das Scheitern des Kommunismus bestätigt:

"Der Kommunismus hatte versagt, der Kapitalismus hatte triumphiert. Die Machteiten im Westen hielten jeden für einen verqueren Pessimisten, der auch in dem erfolgreichen System und versteckt in einem flexiblen demokratischen Rahmen gefährliche Risse erkannte. Wirklich neu in den sogenannten kapitalistischen Ländern ist das Phänomen, daß die Zufriedenheit und die sich daraus ergebende Überzeugung heute die Haltung der Mehrheit und nicht die einer Minderheit widerspiegelt. Diese Mehrheit sucht ihren Vorteil unter dem Schutz der Demokratie, auch wenn diese Demokratie einen großen Teil der Bürger ausgrenzt. Auf diese Weise wird eine Regierung gewählt, die sich nicht an der Realität orientiert und an den gesellschaftlichen Bedürfnissen, sondern an dem Weltbild der Zufriedenen, die jetzt eben die Mehrheit der Wähler stellen."

Dies führt dazu, daß wichtige Zukunftsprojekte kaum noch eine Chance haben, "weil eben die sofort anfallenden Kosten und Steuern genau zu beziffern sind, niemand aber genau zu sagen vermag, wem genau entsprechende Maßnahmen in der Zukunft nützen werden. Mit anderen Worten: Die Generation, die investiert, ist nicht die, die profitiert. Warum sollte man für Leute, die man gar nicht kennt, bezahlen? Diese Form aus der Zufriedenheit geborener Ignoranz gewinnt zunehmend Einfluß auf unser soziales Leben."

Mit der Entwicklung der westlichen Wohlfahrtsstaaten in den letzten 100 Jahren wurde aus dem Kapitalismus pur eine soziale Marktwirtschaft. Der Wohlfahrtsstaat hatte dabei nicht nur die Aufgabe der sozialen Korrektur bei der Verteilung der Wertschöpfung, sondern er sollte auch den "Wohlfahrt für alle" schaffen und verhindern, daß die wirtschaftlich Schwächsten in Armut versinken. Für eine solche Steuerungsfunktion des Staates gab es eine Mehrheit, weil die Mehrheit der Bevölkerung nachvollziehen konnte, was Armut heißt und das Risiko, selbst davon betroffen zu sein, groß war. Im Zuge der Wohlfahrtentwicklung hat sich jetzt ein neues Spannungsverhältnis zwischen Leistung und Gerechtigkeit entwickelt.

#### Verunsicherung in der Mittelschicht

Einerseits hat der Grenznutzen der Solidarität für den Einzelnen scheinbar abgenommen, weil die Mehrheit der Bevölkerung in einem mehr oder weniger großen Wohlstand lebt. Andererseits ist die Integrität des Gerechtigkeitsbegriffs beschädigt, weil viele vor allem in der Mittelschicht das tiefgreifende Gefühl haben, daß es nicht mehr gerecht zugeht und deshalb nicht länger bereit sind, den doppelten Mißbrauch des Leistungs-Staates auch noch zu finanzieren: den Steuer- und Subventionsmißbrauch, der sich in der Oberschicht immer mehr ausbreitet, und auch den Sozialversicherungsmißbrauch. Deshalb wendet sich die Mehrheit heute gegen Steuererhöhungen und teilweise auch gegen den Wohlfahrtsstaat selbst, was z.B. in Schweden zu neuen politischen Mehrheiten geführt und in den USA die lange Reagan/Bush-Aera überhaupt erst möglich gemacht hat.

Die weltweite Wirtschaftskrise hat allein in den OECD-Ländern zu 36 Millionen Arbeitslosen geführt. Und die Krise wird sich weiter verschärfen, weil die Auflösung des Ost-West-Systemgegensatzes nicht nur die Außenpolitik, sondern auch die Wirtschaftspolitik vor dramatische neue Herausforderungen stellt. Auf einmal stehen neue Märkte offen, allerdings haben die Märkte keine Kaufkraft. Weil sie aber komparative Kostenvorteile bei den Faktoren Rohstoffe und Arbeit haben, werden dort neue Produktionsstätten entstehen, mit denen sich diese Volkswirtschaften selbst versorgen, Kaufkraft schaffen und die bisher führenden Industrieländer mit Gütern gleicher Qualität, aber zu konkurrenzlosen Preisen beliefern können. Deutschland hat zum Beispiel mit der Tschechischen Republik und die USA haben mit Mexiko quasi Hongkong vor der Tür. Aus "Made in Germany" oder "Made in the USA" wird jetzt "Made for Germany" oder "Made for the USA". Außerdem kommt es in den nächsten 20 Jahren allein durch die demographische Entwicklung zu einer fundamentalen Verlagerung der Schwerpunkte der Weltwirtschaft.

Experten gehen davon aus, daß Europa bis zum Jahr 2016 bei einer Einwohnerzahl von 460 Mio. sta-

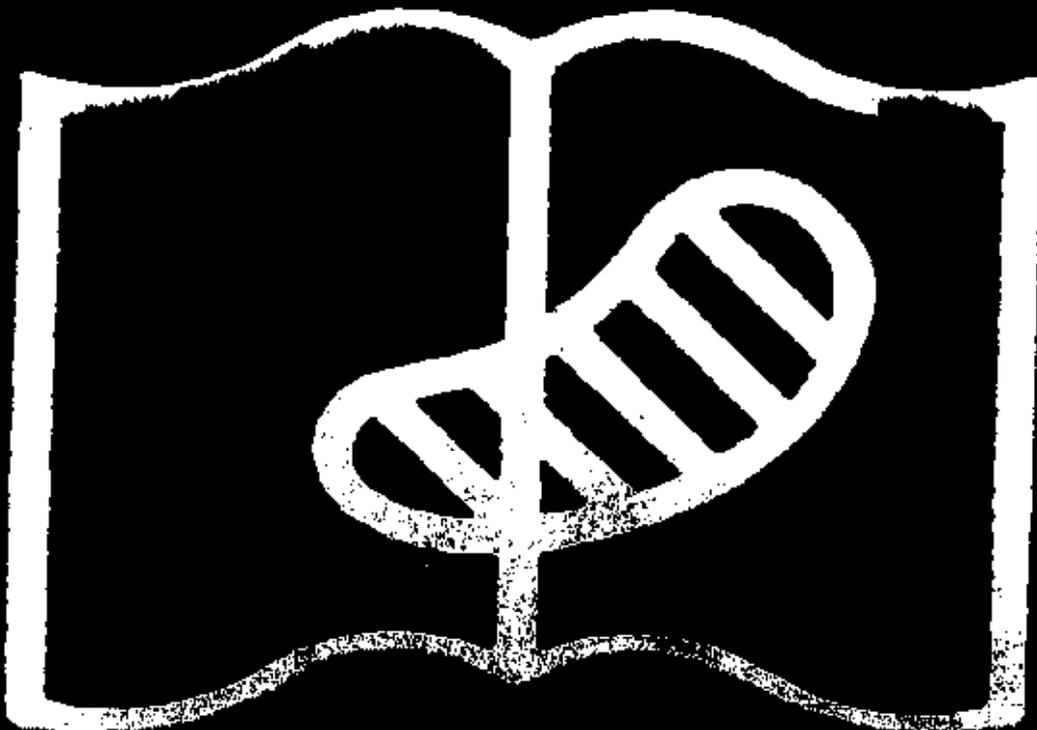
7 Milliar-  
zent -  
bei 23  
rd das  
deut-  
ziale  
die

Mas-  
diese  
sachon  
glück-  
erweist  
nd die

städten  
verhal-  
e oft in  
den re-  
rch die  
h: "Für  
Wir dür-  
an, ein-

uch für  
t. Wich-  
gen, die  
ökologi-  
ntil ge-  
mmung  
Länder  
er das  
nfolgen-

itz 16 -  
en, den  
yrtik Im-  
verhält-  
zepten  
er Ata-  
tt aber,  
en kön-



Galbraith beschreibt in seinem neuen Buch die Tatsache, daß die neue Mehrheit der Selbstzufriedenheit fast jede politische Veränderung verhindert. Seine zentrale These ist, daß sich geradezu eine Kultur der Zufriedenheit ausgebreitet hat, die bestehende soziale Probleme und die neuen ökonomischen, kulturellen und ökologischen Herausforderungen einfach ignoriert. Diese Haltung fühlt sich durch das Scheitern des Kommunismus bestätigt:

"Der Kommunismus hatte versagt, der Kapitalismus hatte triumphiert. Die Machteliten im Westen halten jeden für einen verquerten Pessimisten, der auch in dem erfolgreichen System und versteckt in einem flexiblen demokratischen Rahmen gefährliche Risse erkannte. Wirklich neu in den sogenannten kapitalistischen Ländern ist das Phänomen, daß die Zufriedenheit und die sich daraus ergebende Überzeugung heute die Haltung der Mehrheit und nicht die einer Minderheit widerspiegelt. Diese Mehrheit sucht ihren Vorteil unter dem Schutz der Demokratie, auch wenn diese Demokratie einen großen Teil der Bürger ausgrenzt. Auf diese Weise wird eine Regierung gewählt, die sich nicht an der Realität orientiert und an den gesellschaftlichen Bedürfnissen, sondern an dem Weltbild der Zufriedenen, die jetzt eben die Mehrheit der Wähler stellen."

Dies führt dazu, daß wichtige Zukunftsprojekte kaum noch eine Chance haben, "weil eben die sofort anfallenden Kosten und Steuern genau zu beziffern sind, niemand aber genau zu sagen vermag, wem genau entsprechende Maßnahmen in der Zukunft nützen werden. Mit anderen Worten: Die Generation, die investiert, ist nicht die, die profitiert. Warum sollte man für Leute, die man gar nicht kennt, bezahlen? Diese Form aus der Zufriedenheit geborener Ignoranz gewinnt zunehmend Einfluß auf unser soziales Leben."

Mit der Entwicklung der westlichen Wohlfahrtsstaaten in den letzten 100 Jahren wurde aus dem Kapitalismus nur eine soziale Marktwirtschaft. Der Wohlfahrtsstaat hatte dabei nicht nur die Aufgabe der sozialen Korrektur bei der Verteilung der Wertschöpfung, sondern er sollte auch den "Wohlfahrt für alle" schaffen und verhindern, daß die wirtschaftlich Schwächsten in Armut versinken. Für eine solche Steuerungsfunktion des Staates gab es eine Mehrheit, weil die Mehrheit der Bevölkerung nachvollziehen konnte, was Armut heißt und das Risiko, selbst davon betroffen zu sein, groß war. Im Zuge der Wohlfahrtentwicklung hat sich jetzt ein neues Spannungsverhältnis zwischen Leistung und Gerechtigkeit entwickelt.

#### Verunsicherung in der Mittelschicht

Einerseits hat der Grenznutzen der Solidarität für den Einzelnen scheinbar abgenommen, weil die Mehrheit der Bevölkerung in einem mehr oder weniger großen Wohlstand lebt. Andererseits ist die Integrität des Gerechtigkeitsbegriffs beschädigt, weil viele vor allem in der Mittelschicht das tiefgreifende Gefühl haben, daß es nicht mehr gerecht zugeht und deshalb nicht länger bereit sind, den doppelten Mißbrauch des Leistungs-Staates auch noch zu finanzieren: den Steuer- und Subventionsmißbrauch, der sich in der Oberschicht immer mehr ausbreitet, und auch den Sozialversicherungsmißbrauch. Deshalb wendet sich die Mehrheit heute gegen Steuererhöhungen und teilweise auch gegen den Wohlfahrtsstaat selbst, was z.B. in Schweden zu neuen politischen Mehrheiten geführt und in den USA die lange Reagan/Bush-Aera überhaupt erst möglich gemacht hat.

Die weltweite Wirtschaftskrise hat allein in den OECD-Ländern zu 36 Millionen Arbeitslosen geführt. Und die Krise wird sich weiter verschärfen, weil die Auflösung des Ost-West-Systemgegensatzes nicht nur die Außenpolitik, sondern auch die Wirtschaftspolitik vor dramatische neue Herausforderungen stellt. Auf einmal stehen neue Märkte offen, allerdings haben die Märkte keine Kaufkraft. Weil sie aber komparative Kostenvorteile bei den Faktoren Rohstoffe und Arbeit haben, werden dort neue Produktionsstätten entstehen, mit denen sich diese Volkswirtschaften selbst versorgen, Kaufkraft schaffen und die bisher führenden Industrieländer mit Gütern gleicher Qualität, aber zu konkurrenzlosen Preisen beliefern können. Deutschland hat zum Beispiel mit der Tschechischen Republik und die USA haben mit Mexiko quasi Hongkong vor der Tür. Aus "Made in Germany" oder "Made in the USA" wird jetzt "Made for Germany" oder "Made for the USA". Außerdem kommt es in den nächsten 20 Jahren allein durch die demographische Entwicklung zu einer fundamentalen Verlagerung der Schwerpunkte der Weltwirtschaft.

Experten gehen davon aus, daß Europa bis zum Jahr 2015 bei einer Einwohnerzahl von 460 Mio. stagniert, während in der gleichen Zeit die Einwohnerzahlen in Asien von 2,5 Milliarden auf 3,7 Milliarden - also um rund 50 Prozent - und in Afrika von 460 Millionen auf 1 Milliarde - also um 100 Prozent - ansteigen werden. Das Durchschnittsalter liegt dann in Asien bei 31 Jahren und in Afrika sogar bei 23 Jahren, während es in Europa im selben Zeitraum auf 41 Jahre ansteigt. Diese Entwicklung wird das bisher ungebremsste Wachstum der Wohlstandsentwicklung in den westlichen Industrieländern deutlich verlangsamen und zu hoher Arbeitslosigkeit führen. Galbraith geht davon aus, daß der "soziale Charakter der Selbstzufriedenheit" dazu führt, daß diese Probleme zunächst ignoriert und die Arbeitslosigkeit und Massenarmut einfach hingenommen werden.

Abgesehen davon, daß Dauerarbeitslosigkeit die Menschen seelisch krank macht und Massenarbeitslosigkeit nicht fortwährend zu finanzieren ist, wäre es ein Trugschluß zu glauben, daß diese Entwicklung friedlich verlaufen wird. Galbraith: "Die im Wohlstand und Komfort leben, waren schon immer der Auffassung, daß die auf der anderen Seite des Grabens ihr Schicksal friedvoll und glücklich akzeptieren. Dieser Irrglaube könnte eines Tages wie eine Seifenblase zerplatzen." Er verweist auf die Verslumung amerikanischer Großstädte, die dramatisch zunehmende Kriminalität und die Gewaltausbrüche zum Beispiel in Los Angeles und in der Bronx.

In Deutschland zeigt sich das Aufeinandertreffen von Luxus und Verelendung in den großen Städten stellvertretend nicht zuletzt in der Fremdenfeindlichkeit, sondern auch in rechtsextremem Wahlverhalten und in der Eskalation der Gewalt. Die Energie der Hoffnungslosen drückt sich gerade heute oft in der Gewalt aus. Wenn diesen Hoffnungslosen keine Perspektiven gegeben, wenn sie nicht in den regulären Arbeitsprozeß zurückgeführt werden können, dann verliert die Gesellschaft allein dadurch die Kraft, die sie braucht um ihren ökonomischen und sozialen Spitzenplatz zu sichern. Galbraith: "Für Deutschland besteht die Herausforderung darin, zu einer erfolgreichen Wirtschaft zu finden. Wir dürfen die Aufgaben des Staates und der Wirtschaftspolitik nicht auf den simplen Nenner bringen, einfach den Preis für wirtschaftliche Anpassung auf die Ärmsten der Bevölkerung abzuwälzen."

Galbraith geht davon aus, daß der völlig überschuldete Staat in den USA - und dies gilt auch für Deutschland - die laufenden und notwendigen Investitionen in die Infrastruktur vernachlässigt. Wichtige Zukunfts-Projekte wie zum Beispiel eine hohe Qualifizierung der Generationen von morgen, die notwendige Nach-Qualifizierung der Arbeitskräfte von heute und auch die bereits überfällige ökologische und technologische Modernisierung der Volkswirtschaft werden nicht mehr in Angriff genommen. Weil die Wirtschafts- und Politik-Eliten und -Bürokratie von der kurzfristigen Zustimmung der auf Besitzstandswahrung ausgerichteten Mehrheit abhängig sind, entwickeln sich diese Länder zu stagnierenden, reformunfähigen Gesellschaften. Eine politische Führung aber, die sich unter das Diktat der Gegenwart zwingen läßt, verschärft die Krise und verbaut die Zukunft für die nachfolgenden Generationen.

#### Konzepte von gestern für die Probleme von morgen

Deutschland, das nach der Vereinigung von Platz fünf des Pro-Kopf-Sozialprodukts auf Platz 16 - hinter Italien und Österreich - zurückgefallen ist, verliert gegenwärtig vor allem bei den Industrien, den Technologien und den Infrastrukturen des 21. Jahrhunderts an Vorsprüngen. In Deutschland wirkt immer noch so etwas wie ein "Gesetz des bremsenden Vorsprungs": Weil es uns heute noch verhältnismäßig gut geht, denken wir nicht an morgen. Und die heraufziehende Krise wird mit Konzepten von gestern beantwortet: länger arbeiten, weniger Bildung und weniger Umweltschutz. Dieser Atavismus wird als Rückkehr in die zwar harte, aber "gute alte Zeit" verkleidet. Der neue Fortschritt aber, verlangt etwas anderes, weil wir nicht einfach auf eine frühere Entwicklungsstufe zurückkehren können, die jetzt andere Nationen und Volkswirtschaften beherrschen.

Galbraith: 'Die Vereinigten Staaten sind Teil eines gigantischen globalen Prozesses der Verlagerung von Massenproduktion in neue Länder, wo Arbeitskosten und sonstige Produktionsbedingungen günstiger und Unternehmensmanager frischer, und ehrgeiziger sind. Ländern wie den USA und Deutschland bleibt nichts anderes übrig, als sich in der Produktion auf ein immer höheres Niveau zu bewegen und bei der Entwicklung und Anwendung von Technologie im weltweiten Konkurrenzkampf noch erfindischer zu sein.' Der neue Fortschritt verlangt also ein intelligenteres und intensiveres Arbeiten, höhere Qualifikation, mehr Umweltschutz, höhere Rohstoff-, Material- und Energieproduktivität und vorausschauende Zukunftsinvestitionen.

Der Teufelskreis von wirtschaftlichem Niedergang und den Veränderungs-Blockaden durch die Besitzstandsmehrheiten, ist nur mit einem breiten Konsens für eine Erneuerung der Volkswirtschaft und der Politik zu durchbrechen. Der hierfür notwendige Verzicht auf Konsum muß alle treffen, ist aber nur möglich, wenn die Mehrheit das Konzept als gerecht empfindet und im Verzicht gleichzeitig den Gewinn von morgen sieht. Ein neues Denken muß sich aber nicht nur bei den Regierungen und Bürokraten, sondern auch bei den Unternehmen und Managern selbst durchsetzen. Zu viele von ihnen haben sich auf Markt- und Besitzstandswahrung konzentriert und neue Ideen, neue Technologien, neue Produktionskonzepte und neue Produkte vernachlässigt. Ihre Risikobereitschaft ist gering und den Schumpeter'schen Unternehmer, der etwas Neues wagt, muß man mit der Lupe suchen. Viele Unternehmer und Manager sind in den letzten Jahren einfach ausgestiegen, haben das Unternehmen verkauft und ihr Geld in Finanzanlagen oder Immobilien investiert. Es gibt heute in Deutschland mehr Buddenbrocks der dritten Generation als Bosch' der ersten Generation.

Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts verlangen jetzt aber ein neues Denken in Wirtschaft und Politik:

- Die neuen ökonomischen Fragen der Verlagerung der Schwerpunkte der Weltwirtschaft und das industrielle Konzept der "globalen Lokalisierung" der großen Unternehmen, die mehr und mehr zentral planen und steuern, aber dezentral produzieren, müssen wirtschafts- und industriepolitisch beantwortet werden.
- Die neuen ökologischen Fragen nach der Einbeziehung der Ökologie in die Fertigung, der Verhinderung des grenzenlosen Verbrauchs natürlicher Ressourcen, der Zerstörung der Umwelt und der Schaffung eines dauerhaften, nachhaltigen Wachstums (sustainable development) für die Industriegesellschaften verlangen ein konkretes Umstauen.
- Die armen Länder der Welt dürfen nicht auch noch in unsere wirtschaftliche Entwicklungslogik gepreßt werden, sie sollten vielmehr von unseren ökonomischen, ökologischen und sozialen Erfahrungen profitieren, um nicht den Umweg über unsere Probleme nehmen zu müssen. Für diesen Prozeß brauchen sie unsere besondere Unterstützung.
- Wir brauchen ein neues Gleichgewicht zwischen dem gegenwärtigen Konsum und den Zukunfts-Investitionen, zwischen Arbeit und Umwelt und zwischen Leistung und Gerechtigkeit.

Um diesen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden zu können, müssen wir dem Fortschritt eine neue Richtung geben. Es darf nicht mehr einfach auf die fast-food-economy der Geld-Junkies gesetzt werden, sondern wir müssen die Perspektive für eine globale, dauerhafte, gemeinwohlorientierte Schumpeter-Wirtschaft entwickeln.

Galbraith's Plädoyer macht deutlich, daß es mitten in der Krise auch Chancen gibt. Allerdings können diese Chancen nur mit neuen Ideen, einem neuen Fortschritt und einem neuen Vertrauen in Politik und Wirtschaft genutzt werden. Denn, wenn zu den leeren Kassen auch noch leere Köpfe kommen, dann ist der Niedergang nicht mehr aufzuhalten.

\*\*\*\*\*

(-/14. September 1993/rs/ks)

**Waigels Wortbruch gefährdet Solidarpakt**  
**Soziale Einschnitte bringen unsere Gesellschaft in eine Schieflage**

Von Konrad Nabel MdL  
Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein

Gemeinsam haben SPD und Koalitionsparteien im Mai dieses Jahres das "Föderale Konsolidierungsprogramm" beschlossen. Damit ist die innere Einheit Deutschlands ein Stück näher gerückt. Auf Initiative von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wurden Maßnahmen zur Gestaltung der sozialen, der wirtschaftlichen und inneren Einheit Deutschlands durchgesetzt, die seit drei Jahren überfällig waren und die von der Bundesregierung in der Vergangenheit ebenso beständig abgelehnt wurden.

Eine Grundlage der Vereinbarung vom Mai war: "Soziale Regelleistungen werden nicht gekürzt!" Diese Grundlage war in einem Spitzengespräch zwischen Bundesregierung, Koalitionsparteien und der SPD festgelegt worden. Wenige Wochen später bereits deutete sich an, was jetzt Gewißheit geworden ist: Die Rechtskoalition in Bonn begeht einmal mehr Wortbruch. Sie gefährdet damit den Bestand des gesamten Solidarpakts.

Mit dem neuesten sogenannten "Sparpaker" will die Bundesregierung durch einschneidende strukturelle Veränderungen den Sozialstaat endgültig zerschlagen. Was für ein Zynismus steht dahinter, wenn beschlossen wird, das Arbeitslosengeld mit der Dauer der Arbeitslosigkeit prozentweise zu verringern, dann außerdem noch zeitlich zu kürzen!

Ein gleiches gilt für Bezieherinnen und Bezieher von Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld und Eingliederungshilfen: Durch Streichung, Senkung oder zeitliche Kürzung führt der Weg viel häufiger und in jedem Fall schneller als zuvor in die Sozialhilfe.

Das System der sozialen Sicherung gerät zunehmend ins Wanken und bringt damit der Regierung neue Anlässe, das System weiter zu Lasten der Schwachen umzubauen.

Wenn die Bundesregierung gestern die zunehmende Not von tausenden in den neuen Ländern, aber auch in unmittelbarer Nachbarschaft, etwa in den Großstädten wie Kiel, übersieht und ihre Politik darauf ausrichtet, daß die Not noch beißender und die Zahl der Notleidenden noch größer wird, wenn aus der gleichen Bundesregierung heute zu hören ist, daß Arbeitssuchenden auch ein Weg von zweieinhalb Stunden zur Arbeitsstätte zuzumuten ist und daß auch vor den Renten nicht haltgemacht werden wird, was ist dann für morgen zu erwarten?

Die Zunahme des Rechtsradikalismus ist auf dem Nährboden der materiellen Not, dem Gefühl der persönlichen Nutzlosigkeit, der Perspektivlosigkeit fast schon zwangsläufig.

Aus der langen Liste der sozialen Einschnitte sei nur ausschnittsweise wiedergegeben:

- o Einschnitte in der Arbeitsförderung, beim Arbeitslosengeld und dem Übergangsgeld, Erhöhung der Sperrzeiten, Manipulationen an der Arbeitslosen-Statistik,
- o Verschiebungen der Rentenanpassung, Krankenversicherungsbeiträge für Rentnerinnen und Rentner, Verschlechterung bei den Renten von Witwen und behinderten, Änderungen in den Bemessungsgrundlagen,
- o mehrfache Verschiebung der Anpassung der Sozialhilfe, Deckelungen.

All dies geschah auf dem Rücken der kleinen Leute, während den Reichereren in unserer Gesellschaft immer mehr zugeschustert wurde. Die Bonner Rechtsregierung hat das soziale Klima in der Bundesrepublik vergiftet und vergiftet es weiter mit diesen neuesten Beschlüssen.

Die SPD hat dagegen frühzeitig Alternativkonzepte vorgelegt, die von der Bonner Regierung immer wieder verworfen oder verunglimpft wurden. Auch jetzt haben wir den unakzeptablen Plänen der Bundesregierung eine Alternative entgegensetzen, die ohne soziale Schiefelage rund 30 Milliarden Mark einbringt, darunter 15 Milliarden über Abbau steuerlicher Subventionen, sieben Milliarden durch Einführung einer Arbeitsmarktabgabe für alle. Zusätzlich wären rund 20 Milliarden mehr in der Bundeskasse, wenn die Bundesregierung den Solidaritätszuschlag nicht aufgegeben hätte. Weitere 40 Milliarden ließen sich über die Aufgabe des Ehegattensplittings einsparen.

(-/14. September 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Banken und Sparkassen ziehen Kunden über den Tisch!** **Der EG-Binnenmarkt braucht verbindliche Richtlinien für den Geldverkehr**

Von Dallev Samland MdEP

Was die Banken und Sparkassen da machen, ist unseriös und glatter Nepp: eine Überweisung ins EG-Ausland ist deutlich teurer und langwieriger als im Inland. Eine Untersuchung beförderte diese Beutelschnaiderei ans Tageslicht. Und dies obwohl die Banken und Sparkassen bereits 1992 freiwillig eine Benutzercharta über grundlegende Rechte der Kunden verabschiedet hatten.

Ich fordere jetzt den zuständigen italienischen Kommissar Vanni d'Archiraffi auf, Parlament und Ministerrat einen Vorschlag für eine Richtlinie zu unterbreiten, um zu gesetzlichen Regelungen zu kommen. Eine von der EG in Auftrag gegebene Untersuchung brachte folgende Ergebnisse: Trotz freiwilliger Verpflichtung - 68 Prozent der befragten Bankzweigstellen stellen keinerlei schriftliche Informationen über ihre grenzüberschreitenden Geldüberweisungen zur Verfügung. Nur 21 Prozent informierten schriftlich über die Kosten. Schriftliche Informationen über Zeit und Dauer der Zahlungen wurden erst gar nicht gegeben. Und das hat Gründe.

Wie die unabhängige Beratungsfirma "Retail banking Research" aus London bei 1.000 Überweisungen über 200 DM zwischen 34 Banken in allen EG-Staaten ermittelte, dauert die durchschnittliche Geschwindigkeit nahezu fünf Tage. Spitzenreiter war eine Banküberweisung mit einer Laufzeit von 70 Tagen, drei Überweisungen kamen selbst nach 20 Wochen nicht an.

Die Kosten belaufen sich auf circa 40 DM im Durchschnitt, also auf 20 Prozent der Überweisungssumme. Auch hier lagen die Spitzenreiter bei 65 DM Kosten für eine 200-DM-Überweisung. Der Gipfel: Bei 42,5 Prozent aller Transaktionen wurden die Gebühren zweimal erhoben. Also 100 DM Kosten für 200 DM Überweisung.

So haben wir uns den Binnenmarkt nicht vorgestellt. Die Kosten sind absolut unbegründet, die Banken machen hier eine schnelle Mark. Dies spricht jedem Verbraucherschutz Hohn und kann nur durch klare gesetzliche Regelungen verhindert werden. Wir werden darauf drängen, daß die Kommission jetzt schnell handelt.

(-/14. September 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*